

Deutzer Erklärung einstimmig verabschiedet – Werkstattbeschäftigte fordern Regierung zum Handeln auf

Reformprozess der „Werkstätten für behinderte Menschen“ muss beginnen

Düsseldorf/Köln 19. November 2006 Auf dem 3. Alternativen Werkstättentag vom 16. bis 19. November in Köln haben rund 200 Mitarbeiter/innen mit Behinderung aus „Werkstätten für behinderte Menschen“ (WfbM) einstimmig die Deutzer Erklärung verabschiedet. In ihrer Resolution fordern sie unter anderem die Regierungsparteien auf, den Koalitionsvertrag vom 11. November 2005 anzugehen. Darin verspricht die Koalition eine bessere berufliche Integration von Menschen mit Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.

„Aus unserer Sicht als Menschen mit Behinderung, die in Werkstätten arbeiten, ist dieses Ziel richtig. Damit es verwirklicht werden kann, halten wir es für erforderlich, dass sich WfbM grundlegend verändern“, so eine Kernaussage der Resolution. In ihrer heutigen Form seien WfbM nicht mehr zeitgemäß und müssten sich zu Integrationsbetrieben weiterentwickeln. In Zukunft sollten dort Menschen mit und ohne Behinderung zusammen und gemäß ihren Fähigkeiten und Neigungen arbeiten. Die Teilnehmer/innen fordern für Integrationsbetriebe zudem die Sicherstellung der vollen Arbeitnehmerrechte, die in WfbM bisher nicht gelten.

Es sei notwendig, bestehende Gesetze so anzupassen, dass sie den Reformprozess fördern, heißt es in der Erklärung. So sollten zum Beispiel Werkstätten auch als kleinere Einrichtungen betrieben werden können. Kritisiert werden auch die zur Zeit mangelnden Angebote beruflicher Aus- und Weiterbildung in WfbM. Insgesamt müssten die Werkstätten ihre Bestrebungen intensivieren ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen, um mehr Menschen mit Behinderung eine Aussicht auf Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu eröffnen. Auch ältere Beschäftigte oder Menschen mit höherem Unterstützungsbedarf dürften davon nicht ausgeschlossen sein.

Es sei außerdem ein Skandal, dass das Arbeitsentgelt der Werkstattbeschäftigten seit 2003 kontinuierlich sinke und Menschen mit Behinderung für einen Hungerlohn arbeiten. 2004 betrug der Lohn im Bundesdurchschnitt lediglich 154,36 Euro pro Monat. Mit diesem Lohn sei kein selbstständiges Leben ohne Sozialhilfe oder andere Zuwendungen möglich.

An die Politik gehen in der Deutzer Erklärung zentrale Forderungen wie, dass

- der Umwandlungsprozess von Werkstätten in Integrationsbetriebe in den kommenden 10 Jahren vollzogen ist
- nur noch Werkstätten gefördert werden, die sich zu Integrationsbetrieben wandeln wollen
- die Aufklärung von Arbeitgebern über Gelder und Hilfen, die sie bekommen, wenn sie Menschen mit Behinderung beschäftigen, deutlich intensiviert wird

Der Alternative Werkstättentag wird vom Arbeitskreis „Werkstätten für behinderte Menschen“ des Bundesverbandes für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V. und der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) der Werkstatträte veranstaltet. Die Deutzer Erklärung steht im Internet unter www.bvkm.de zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Zur freien Auswertung durch die Redaktionen von Presse, Funk und Fernsehen –
Belegexemplar erbeten

Ansprechpartnerin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Silke Martmann-Sprenger, Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V., Brehmstr. 5-7,
40239 Düsseldorf, E-Mail: silke.martmann-sprenger@bvkm.de, Tel.: (0211)6 40 04-12, Fax: -20